

Kampf gegen PFC und Windmühlen

Kritik an Wasserbewirtschaftungsplanung des Landes: Stellungnahme des Landkreises

Rastatt (dm) – Dass die PFC-Seuche, die über die Böden ins Grundwasser gelang, keinen Einfluss in die Gewässerbewirtschaftungsplanung des Landes finden soll, hat bereits für einigen Unmut gesorgt: Wie berichtet, haben 18 Städte und Kommunen der Region in einer gemeinsamen Resolution die Regierung in Stuttgart dazu aufgefordert, in Sachen Trinkwasserschutz „zügig und nachhaltig“ tätig zu werden. Die Krux: Im Vorgehen des Landes beziehungsweise des Regierungspräsidiums Karlsruhe werde die PFC-Problematik nicht dem Wasser-, sondern ausschließlich dem Boden-

schutz zugeschrieben – und sei damit ausdrücklich eben nicht Gegenstand des Bewirtschaftungsplans. Nun hat auch der Landkreis Rastatt eine Stellungnahme dazu abgegeben.

Hier werde „viel zu kurz gesprungen“, so die Kritik des Ersten Landesbeamten Dr. Jörg Peter im Ausschuss für Umwelt, Bau und Planung. Es gehe eben nicht nur darum, die Böden und die darin wachsenden Lebensmittel zu sichern, sondern auch das Trinkwasser „als kostbarstes Gut“. Umweltamtschef Wolfgang Hennegriff formulierte entsprechend aus Sicht des Landratsamts erforderliche Maßnahmen.

Im Gremium fielen deutliche Worte. Andreas Merkel, Vorsitzender der CDU-Fraktion, sah angesichts der Herausforderung das Land auf „Tauchstation“, dessen Haltung grenze an „Arbeitsverweigerung“. Die jahrelange Zurückhaltung in dieser Hinsicht sei nicht hinnehmbar. Er hoffe, dass sich die neue Umweltministerin dies nun „für einen Neuanfang“ zu Herzen nimmt. Karsten Mußler (FW) betonte, dass es der Stadt Rastatt zu verdanken sei, dass „aufgedeckt“ wurde, was da „im Hintergrund“ passieren soll – nicht alle Kommunen seien in dem Verfahren zum Bewirtschaftungsplanent-

wurf beteiligt worden. Man müsse mit „aller Macht nachfassen“. Fraktionskollege Rolf Spiegelhalter währte sich im „Kampf gegen Windmühlen“ und beklagte mit Blick auf den Goldkanal, der von Süden her per Wasserweg mit PFC-Fracht verseucht werde, dass dabei zugeschaute werde, wie sich Missstände „für Jahrzehnte zementieren“. Emotionen kochten hoch – auch, nachdem Manuel Hummel (Grüne) in dieser Breite gegen die Landesregierung eine abweichende Meinung vertrat. Eine Lösung sei natürlich erforderlich, doch diese könne nicht ohne rechtliche Grundlage erfolgen, und es

müssten alle Behörden zusammenarbeiten. Gerade hier aber gebe es Unschärfen – auch bei den Zuständigkeiten, die nicht nur das Land, sondern auch den Bund betreffen. Die Rechtsauffassung, die man in Rastatt vertritt, sei nicht die vorherrschende. In den anderen Fraktionen stieß er damit auf Unverständnis. „Ich bin ein bisschen geschockt“, kommentierte Michael Pfeiffer (SPD), es gehe hier schließlich „um das Wohl der Menschen vor Ort“, so Karsten Mußler. Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung der Grünen verabschiedete der Ausschuss schließlich die Stellungnahme.